

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Siebert, Ulrich Adam, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Rainer Arnold, Dr. Hans-Peter Bartels, Petra Heß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/11410 –**

Betreuung bei posttraumatischen Belastungsstörungen stärken und weiterentwickeln

A. Problem

Immer wieder kommt es im Inland sowie in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu Situationen, die zu einer posttraumatischen Belastungsstörung bei den betroffenen Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbeschäftigten der Bundeswehr führen können. Die Zahl der Betroffenen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Mit der bestehenden Mischung aus internen und externen Behandlungsmöglichkeiten hat die Bundeswehr bei den bisherigen Einsätzen zwar gute Erfahrungen gemacht. Dennoch besteht angesichts steigender Fallzahlen und absehbarer zukünftiger Einsatzszenarien Handlungsbedarf.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Antrags

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/11410 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 21. Januar 2009

Der Verteidigungsausschuss

Ulrike Merten
Vorsitzende

Monika Brüning
Berichterstatterin

Jörn Thießen
Berichterstatter

Elke Hoff
Berichterstatterin

Dr. Hakki Keskin
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Monika Brüning, Jörn Thießen, Elke Hoff, Dr. Hakki Keskin und Winfried Nachtwei

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/11410** in seiner 196. Sitzung am 18. Dezember 2008 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und an den Gesundheitsausschuss sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Gesundheitsausschuss** hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und einvernehmlich die Annahme empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und einvernehmlich die Annahme empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verteidigungsausschuss hat die Vorlage in seiner 98. Sitzung am 21. Januar 2009 abschließend beraten und einstimmig die Annahme empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, dass zur bestmöglichen Betreuung und Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten auch ein angemessener Umgang mit posttraumatischen Belastungsstörungen gehöre. Der vorliegende Antrag stelle neun zentrale Forderungen auf. Neben der Behandlung von posttraumatischen Belastungsstörungen stünden die Versorgung der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Angehörigen sowie die fortwährende Forschung im Bereich der posttraumatischen Belastungsstörungen im Vordergrund.

Die **Fraktion der SPD** ergänzt, dass es nicht einfach gewesen sei, für jeden der im Antrag enthaltenen Punkte beim Bundesministerium der Verteidigung Sympathien zu gewinnen. Nun müsse dem Ministerium bei einer möglichst schnellen Umsetzung der Forderungen hilfreich zur Seite gestanden werden. Man hoffe auf breite Zustimmung, da sich der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD von früheren Anträgen der Oppositionsfraktionen zu diesem Thema weniger in den Forderungen als vielmehr lediglich in der Begründung unterscheide.

Die **Fraktion der FDP** ist der Ansicht, dass der vorliegende Antrag in beträchtlichem Maße inhaltlich mit dem im Juli 2008 im Verteidigungsausschuss behandelten Antrag der Fraktion der FDP zu posttraumatischen Belastungsstörungen übereinstimme. Wenn dieser Antrag damals nicht abgelehnt worden wäre, wäre man insofern heute bereits deutlich weiter.

Die **Fraktion DIE LINKE** erklärt, dass die vermehrten Fälle von posttraumatischen Belastungsstörungen richtigerweise als Folge von Kampfeinsätzen im Ausland zu sehen seien. Vor diesem Hintergrund sei eine Verbesserung der Situation zu erwarten, wenn Auslandseinsätze künftig vermieden würden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertritt die Auffassung, dass die bei der Bundeswehr vorhandenen Voraussetzungen für einen angemessenen Umgang mit posttraumatischen Belastungsstörungen im internationalen Vergleich relativ gut seien. Allerdings gebe es nicht zuletzt im Hinblick auf aus der Bundeswehr bereits ausgeschiedene Soldatinnen und Soldaten nach wie vor Handlungsbedarf.

Berlin, den 21. Januar 2009

Monika Brüning
Berichterstatteerin

Jörn Thießen
Berichterstatte

Elke Hoff
Berichterstatteerin

Dr. Hakki Keskin
Berichterstatte

Winfried Nachtwei
Berichterstatte

